

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Barbara Schleicher-Rothmund (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte

Die **Kleine Anfrage 2332** vom 15. Mai 2014 hat folgenden Wortlaut:

Vor nunmehr rund 20 Jahren wurden in Rheinland-Pfalz die Hochschulen für beruflich Qualifizierte geöffnet. Unter bestimmten Voraussetzungen können qualifizierte Berufstätige ohne Allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife ein Studium an einer rheinland-pfälzischen Hochschule aufnehmen.

Angesichts der vor wenigen Wochen veröffentlichten Ergebnisse des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) zur Entwicklung der Zahlen von Studienanfängerinnen und -anfänger ohne Abitur frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der CHE-Studie „Studieren ohne Abitur: Stillstand oder Fortentwicklung“ die Entwicklung im Land?
2. Welche Überlegungen hat die Landesregierung hinsichtlich der möglichen Weiterentwicklung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte?
3. Wo sieht die Landesregierung weiteren Handlungsbedarf im Hinblick auf die Erleichterung des Zugangs zu einem Studium für beruflich Qualifizierte?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 3. Juni 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung hat zuletzt im Oktober 2013 im Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur über die positive Entwicklung der Zahl der beruflich qualifizierten Studienanfängerinnen und -anfänger berichtet. Seit Inkrafttreten der neuen deutlich erweiterten und erleichterten Zugangsregelungen im September 2010 sind die Neueinschreibungen von beruflich Qualifizierten kontinuierlich angestiegen. Hatten sich 2010 insgesamt 246 beruflich Qualifizierte – das entspricht einem Anteil von 1,1 % – an einer rheinland-pfälzischen Hochschule neu eingeschrieben, so waren es 2011 bereits 498, 2012 615 und im vergangenen Jahr insgesamt 674 beruflich qualifizierte Studienanfängerinnen und -anfänger, was einem Anteil von 2,9 % entspricht. Betrachtet man nur die staatlichen Fachhochschulen, lag der Anteil beruflich qualifizierter Studienanfängerinnen und -anfänger im Jahr 2013 sogar bei 5,5 %, was zeigt, dass gerade die Fachhochschulen des Landes besonders attraktive Studienbedingungen für Studierende mit beruflicher Qualifikation bieten.

Die jetzt vorgelegte CHE-Studie „Studieren ohne Abitur: Stillstand oder Fortentwicklung?“ bestätigt diesen positiven Trend und belegt darüber hinaus, dass die Entwicklung in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich durch eine besondere Dynamik gekennzeichnet ist. Rheinland-Pfalz weist laut der CHE-Studie neben Hamburg die höchsten Zuwachsraten auf und liegt nun bezogen auf den Anteil der beruflich qualifizierten Studienanfängerinnen und -anfänger an sechster Stelle nahezu gleichauf mit Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. Lediglich drei Länder weisen aufgrund ihrer besonderen Hochschulstruktur deutlich höhere Zahlen an beruflich Qualifizierten auf, das sind Nordrhein-Westfalen mit der Fernuniversität Hagen, Hamburg mit der auf beruflich Qualifizierte spezialisierten Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg und Berlin mit einer großen Anzahl privater Hochschulen.

b. w.

Dies alles macht deutlich, dass die Neuregelung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte in Rheinland-Pfalz Wirkung zeigt, dass die Betroffenen die damit verbundenen Chancen ergreifen und dass die Hochschulen des Landes attraktive Angebote für diese Studierendengruppe machen.

Zu Frage 2:

Die Zugangsregelungen für beruflich Qualifizierte sind in Rheinland-Pfalz bereits heute besonders offen gestaltet und gehen über die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Mindeststandards hinaus. So wird generell auf Eignungsprüfungen oder ein vorgeschaltetes Probestudium verzichtet. Personen mit qualifizierter Ausbildung und Berufserfahrung haben an Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz die volle Wahlfreiheit und können jedes Studium aufnehmen, während sie in anderen Ländern meist nur fachgebunden studieren können. Bei Personen mit qualifizierter Ausbildung werden lediglich zwei Jahre Berufserfahrung vorausgesetzt statt der in anderen Ländern üblichen drei Jahre.

In einem Modellversuch wird darüber hinaus erprobt, ob und inwieweit zukünftig vollständig auf die Berufserfahrung als Zugangsvoraussetzung verzichtet werden kann. Im Oktober 2013 hat die Landesregierung ausführlich im Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur über die bis dahin erzielten Zwischenergebnisse berichtet. Demnach hat eine gewisse Zeit der Berufserfahrung zwar einen positiven Einfluss auf den Studienerfolg der beruflich Qualifizierten. Es deutet sich aber auch an, dass die Dauer der Berufserfahrung umso weniger relevant für den Studienerfolg ist, je konkreter die beruflichen Erfahrungen in das Studium eingebracht werden können. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen kann auch festgestellt werden, dass die beruflich Qualifizierten mit etwas geringeren Leistungen in das Studium starten, dass sich ihr Leistungsniveau aber im Verlauf des Studiums an die Leistungen von Studierenden mit schulischer Hochschulzugangsberechtigung immer weiter annähert. Der Modellversuch wird im Herbst 2014 abgeschlossen und wissenschaftlich ausgewertet.

Die Landesregierung sieht sich in ihrem Vorgehen durch eine aktuelle Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung aus dem April 2014 bestätigt. Der Wissenschaftsrat empfiehlt unter anderem den Verzicht auf die Berufserfahrung als Zugangsvoraussetzung und die volle Wahlfreiheit für beruflich qualifizierte Studierende.

Zu Frage 3:

In den kommenden Jahren wird der Schwerpunkt darauf liegen, die Rahmenbedingungen für beruflich qualifizierte Studierende an den Hochschulen des Landes weiter zu verbessern. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Unterstützung in der Studieneingangsphase, der Ausbau berufsbegleitender Studienangebote sowie die Anerkennung außerhalb der Hochschulen erworbener Kenntnisse und Qualifikationen.

Die Landesregierung setzt hierzu im Rahmen des Hochschulpaktes finanzielle Anreize, um die Hochschulen bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen zu unterstützen. So erhalten die Hochschulen Sonderprämien für zusätzliche beruflich qualifizierte Studienanfängerinnen und -anfänger sowie für zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger in berufsbegleitenden Studienangeboten. Die Hochschulen haben hierfür in 2013 insgesamt knapp 360 000 € erhalten.

Auch im Rahmen der vereinbarten Programmbudgets im Hochschulpakt haben einzelne Hochschulen Maßnahmen verankert, von denen beruflich Qualifizierte profitieren, wie z. B. die Entwicklung von Online-Selbsttests, Vorkursangebote oder Tutorien.

Die Hochschulen des Landes haben sich auch erfolgreich am Bund-Länder-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ beteiligt. Bereits in der ersten Förderrunde war das Projekt „Offene Kompetenzregion Westpfalz“ der Fachhochschule Kaiserslautern und der Technischen Universität Kaiserslautern erfolgreich. Mit dem Projekt soll die Öffnung der Hochschulen für spezifische Gruppen wie Berufstätige, beruflich Qualifizierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung sowie für Personen, die beispielsweise nach einer Familienphase wieder ins Berufsleben zurückkehren möchten, verstärkt werden.

In der zweiten Wettbewerbsrunde wurden drei Antragsskizzen rheinland-pfälzischer Hochschulen aufgefördert, Vollerträge einzureichen. An den drei Vorhaben sind die Fachhochschulen Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen und Worms sowie die Technische Universität Kaiserslautern beteiligt. Auch diese Projekte zielen darauf ab, die Vereinbarkeit von Studium und Beruf zu verbessern und die Öffnung der Hochschulen für neue Studierendengruppen voranzutreiben.

Die Landesregierung wird darüber hinaus im Rahmen des Operationellen Programms (OP) für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014 bis 2020 eine Fördermaßnahme verankern, mit der die Entwicklung pauschaler Anerkennungsvereinbarungen zwischen Hochschulen und Bildungsträgern der beruflichen Bildung in bestehenden oder neuen berufsbegleitenden Studienangeboten unterstützt wird.

In Vertretung:
Hans Beckmann
Staatssekretär